

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Septbr. 1923...

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle...

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe...

Vorschläge zur Lösung der Ruhrkohlentriebe.

Ein Gutachten des Prüfungsausschusses im preußischen Landtage.

Ein Militärsonderzug bei Donauwörth verunglückt. — Noch keine Einladung zur Außenminister-Konferenz.

Die Not der südlichen Ruhrzechen.

Berlin, 9. Sept. Dem Preußischen Landtag ist ein zweiter Bericht des Ausschusses zur Prüfung der mit der Stilllegung von Zechen im südlichen Ruhrbezirk zusammenhängenden Fragen zugegangen.

1. Die Förderung der Abfahrtsverhältnisse anzupassen.

2. Den Abfall der Ruhrkohle namentlich auf der Rheinwasserstraße, ferner nach dem Küstengebiet, Mittel- und Südwestdeutschland durch Wiederherstellung der früheren Eisenbahnsondertarife für Ruhrkohle zu fördern.

3. Um den Abfall von Ruhrkohle nach den Nordseehäfen, besonders nach Hamburg und Bremen zu fördern, ist die baldige Herstellung des Hansakanals zu erstreben.

4. Da es volkswirtschaftlich richtiger ist, statt Kohle- und Holzprodukte möglichst veredelte Produkte auszuführen, ist anzustreben, daß die Kohle nur in hochwertigen Sorten ausgebaut wird.

5. Der Ausschuss lenkt die Aufmerksamkeit wiederholt auf die für den Ruhrbergbau bedauerliche Tatsache, daß im Ruhrbezirk die Steinkohle bei der Verfertigung des elektrischen Stroms durch die Braunkohle und die Wasserkraft stark in den Hintergrund gedrängt worden ist.

6. Um für die nach Zechen mit besserer Arbeitsmöglichkeit umzustellenden Bergleute die notwendigen Wohnungen zu schaffen, ist die Gewährung von verfürhten Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln erforderlich.

7. Die Entwicklungsrichtung des Ruhrbergbaues nach den nordöstlichen, nördlichen und nordwestlichen Randgebieten verlangt immer gebietstypischer die baldige Herstellung von Eisenbahnverbindungen durch das Industriegebiet, also vom Ruhrbezirk bis zum Vorpommern.

8. Für die von den Zechenstilllegungen und Einschränkungen betroffenen und arbeitslos bleibenden Bergleute sind ausreichende Nothstandsarbeiten besonders für den kommenden Herbst und Winter vorzusehen.

Preissteigerungen in der Zucker- und Konservenindustrie.

Der Kleinhandel verlangt Regierungsmassnahmen.

Berlin, 9. September. Das Reichsernährungsministerium wird, entsprechend den Beschlüssen der Reichsregierung, gegen Auswüchse des Kartellwesens vorgehen, sich in nächster Zeit mit der Preisgestaltung im

Kolonialwarenhandel beschäftigen. Nach den vorliegenden Erhebungen sind die reinen Kolonialwaren, wie Kaffee, Tee, Gewürze usw. gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres kaum gestiegen.

Die Zuckerindustrie hat im Dezember v. J. für feinste Raffinade einen Preis von 64 Pfennig pro Kilo verlangt, im Mai d. J. 68 bis 69 Pfennig, im Juli 70 Pfennig und für den August verlangen die vereinigten Zuckerfabriken 84 Pfennig für die erste Sorte, 80 Pfennig für die zweite Sorte Zucker pro Kilo vom Kleinhandel.

Im Mai d. J. mußten sich die kartellierten Fabriken zu einem Preisnachlass entschließen, da ihre Forderungen vom Auslande erheblich unterbieten wurden.

Die Aufhebung der deutsch-schweizerischen Einfuhrbeschränkungen.

Bern, 8. Sept. In Bern haben in diesen Tagen Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der schweizerischen Regierung über die Durchführung des deutsch-schweizerischen Protokolls über die Einfuhrbeschränkungen vom 17. November 1924 stattgefunden.

London, 8. Sept. Wie das Foreign Office mitteilt, wurden heute die Ratifikationsurkunden zum deutsch-englischen Handelsvertrag ausgetauscht.

Leichtfertig oder unwissend?

Mit der Annahme des Dawes-Gutachtens im vorigen Jahre, die nicht mehr zu vermelden schien, nachdem durch unzulängliche Berichte genügend Reklame dafür gemacht worden war, besonders aber deswegen, weil eine Ablehnung des Gutachtens nach der vorausgegangenen Regierungsaufgabe größte Gefahren mit sich gebracht hätte, und weil man schließlich auf die versprochenen Erleichterungen hoffte —, mit dieser Annahme im Reichstage haben wir uns in ein System der Ausbeutung eingelassen, wie es die Welt noch nie gesehen hat.

Das nicht nur etwas Wahres daran ist, daß spürt jeder, der mit Aufmerksamkeit den Gang der deutschen Wirtschaft beobachtet. Aber schon rührt sich eine Gegenbewegung. Denn die Dawes-Befehle bringen nicht nur ungeheure Lasten für 60 Millionen Menschen, sie bringen auch wohlbezahlte Kosten, fette Prämien für die Organe des Gutachtens, darunter auch für eine Anzahl von Ausländern.

Soweit bisher bekannt geworden ist, sind es ausgerechnet zwei Angehörige der glorreichen Republik, die noch im Endkampf des Weltkrieges über uns hergefallen sind, nachdem sie vorher noch genügend Beschäfte hatte machen können, zwei Amerikaner, die es für gegeben erachteten, durch ihre Sensationspresse die Welt über Deutschlands wahres Befinden in Kenntnis zu setzen.

Wenn irgendein Herr Soundso am Stammtisch oder im Seebad am Strande faulenzend Deutschlands Wirtschaftslage in dieser leichtfertigen Form mit einer geringfügigen Handbewegung abtut, so wird man diesen Herrn Soundso in diesem Falle nicht ernst nehmen.

Die Verteidigung im Maslow-Prozeß.

Die Rede des R.-A. Dr. Wolff.

Wagner-Druckverlag der Dresdner Nachrichten. Leipzig, 9. Sept. Der 7. Tag des Prozesses Maslow bringt die Schlussvorträge der Verteidigung. Zunächst spricht R.-A. Dr. Wolff. Einleitend kritisiert er das merkwürdige Zustandekommen dieses Prozesses.

einzelnen keinerlei Beteiligung an einem konkreten hochverrätherischen Unternehmen nachgewiesen. Die Hauptverhandlung hat nicht nur nicht ihre Schuld, sondern ihre Unschuld erproben.

Der Verteidiger beschäftigt sich dann eingehend mit den von der Reichsanwaltschaft gegen die einzelnen Angeklagten erhobenen Beschuldigungen, indem er immer wieder hervorhebt, daß die kommunistische Meinung der Angeklagten nicht strafbar sei.

Der Hölle-Untersuchungsbericht.

Berlin, 9. Sept. Der vollständige Bericht des Untersuchungs Ausschusses im Preussischen Landtag über die Prüfung der Durchführung des Strafverfahrens gegen den Reichsminister a. D. Dr. Hölle ist jetzt zur Verteilung gelangt.

Demonstrationsstreik der österreichischen Beamten.

Wien, 8. Sept. Trotz der wiederholten Bemühungen der Regierung, die Staatsbeamten vom dreitägigen Demonstrationsstreik abzuhalten, haben Vertreter aller Organisationen mit Ausnahme der zahlenmäßig unbedeutenden christlich-sozialen Gewerkschaft heute beschloffen, auf dem Streik beharrlich zu beharren.

Brisbane, 8. Sept. Wegen 588 Streikende, die zu sechs englischen Schiffen gehören, ist eine gerichtliche Vorladung ergangen.